

privates Wirtschaften und öffentliche Wirtschaftspolitik sich zu einander verhalten, kommt – ungeachtet mancher treffenden Bemerkungen im einzelnen – nicht klar heraus. – Im Vorwort dankt die Verfasserin ihrer Mutter, sie habe „viel zur Verbesserung des Stils beigetragen“ (16). Der Leser möchte wünschen, die Mutter hätte da noch etwas mehr Strenge walten lassen; gerade bei einer einführenden Schrift wie dieser sollte auf genauen und klaren sprachlichen Ausdruck die größte Sorgfalt verwandt sein.

O. v. Nell-Breuning SJ

*Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA*; ausgewählte Beiträge zu einer internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Redaktion Günter Friedrichs. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1963. 392 S. (Sammlung „res novae“, Bd. 24).

Vom 3.–5. Juli 1963 veranstaltete die IG Metall in Zusammenarbeit mit dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) und der Manpower and Social Affairs Division der OECD eine überaus lehrreiche Tagung über „Automation und technischen Fortschritt“, deren Referate in diesem Band wiedergegeben werden. Für die Referate wurden hervorragende Fachleute gewonnen; um aber nicht nur schwere Kost zu bieten, wurden ein paar im Plauderton gehaltene Kurzreferate eingestreut, so von Vidkunn Ulriksson, Sozialattaché der USA-Botschaft in Bonn, „Ich war ein Opfer der Automation“, worin er launig erzählt, wie er als junger Mann durch die Einführung des Fernschreibers seinen Posten als Telegraphist verlor. – Als besonders wichtige Fragen werden behandelt, wie der technische Fortschritt auf die Beschäftigung wirkt (Freisetzung von Arbeitskräften?) und in welcher Weise die zu leistenden Arbeiten verändert werden mit der Folge, daß bestimmte Gruppen der Arbeiter und in noch empfindlicherer Weise der Angestellten einen sozialen Aufstieg oder eine soziale Abwertung erfahren, was auf der einen Seite ganz neue Wege der Lohnfindung, auf der anderen Seite Maßnahmen zur Sicherung des „sozialen Besitzstandes“ notwendig macht. Mehrere Referate gehen von den amerikanischen Verhältnissen, insbesondere auch von der grundlegend anderen Lage und Arbeitsweise der dortigen

Gewerkschaften aus; das ist nicht nur an sich instruktiv, sondern kann unsern Gewerkschaften wertvolle Hilfe leisten, um bei ihren Überlegungen, was zu tun ist, aus eingefahrenen Geleisen herauszukommen und gegebenenfalls ganz neue Wege einzuschlagen.

Beiläufig zeigen diese Referate, wie viel stärker die amerikanischen Gewerkschaften ohne Mitbestimmungsrecht den Unternehmern in ihre Geschäfte hineinreden als unsere Gewerkschaften, denen das Mitbestimmungsrecht zur Seite steht. – Durch die Tagung und die Veröffentlichung der Referate hat sich die IG Metall ein Verdienst erworben. – Auflage: 1.–10. Taus.; bei 1,9 Mill. Mitgliedern reicht das nicht einmal für den eigenen Funktionärskörper dieser einen Gewerkschaft, geschweige denn für alle, die sich mit dieser Materie vertraut machen sollten.

O. v. Nell-Breuning SJ

BUDDE, Heinz: *Die Arbeitnehmerschaft in der Industriegesellschaft*. Beiträge und Versuche zu einer sozialen und politischen Standortbestimmung der Christlich-Sozialen Bewegung. Essen: Ludgerus-Verlag 1963. 237 S.

Bei aller Übereinstimmung in den Grundlagen nimmt die christlich-soziale Bewegung bei ihren verschiedenen Trägern recht unterschiedliche Züge an; das Büchlein des an der Kölner Verbandszentrale wirkenden Bildungsreferenten der KAB erschließt gut das Verständnis der spezifischen Gestalt, die sie in der deutschen katholischen Arbeiterstandesbewegung angenommen hat. Mit besonderem Geschick konfrontiert B. christlich-soziales Gedankengut und Liberalismus (40–62). Sehr einsichtig werden die Gründe dargelegt, warum es einer politischen Partei gar nicht möglich ist, „katholische Soziallehre unverfälscht, mit allen Konsequenzen und mit der ganzen Radikalität, die dieser Soziallehre eigen ist“, zu vertreten oder erst gar zu verwirklichen (66); Spannungen zwischen Trägern christlicher Sozialbewegung und sich als „christlich“ bekennenden politischen Parteien können daher nicht ausbleiben. – Wenn B. aus einer Rede von Hans Katzer zustimmend anführt: „Das Parlament ist keine Börse für politisch eingekleidete Wirtschaftsinteressen und die Regierung kein Vollzugsausschuß für Interessentenwünsche“ (161), so sähe man gern ausdrücklich das Mißverständnis abgewehrt, als ob von einer Institution, wie sie von der KAB und anderen als Bekrönung der sogenannten überbetrieblichen Mitbestim-